

Übersichten

Juli 1998

Außenpolitik

1 Die wachsende Bedeutung „inoffizieller“ und „zwischenparteilicher“ Kontakte

Vom 20. bis 22. Mai hielt die „Gesellschaft für die Freundschaft des chinesischen Volkes mit dem Ausland“ (*Zhongguo renmin duiwai youhao xiehui*) ihre 7. Konferenz ab, um über neue Wege und Modalitäten der sog. „inoffiziellen Diplomatie“ für den Zeitraum 1998 bis 2002 zu beraten. Die Gesellschaft war 1954 mit dem Zweck gegründet worden, „das gegenseitige Verständnis und die Freundschaft mit dem Ausland zu erhöhen und die Zusammenarbeit im wirtschaftlichen, kulturellen, wissenschaftlichen und technologischen Bereich zwischen China und anderen Ländern zu fördern“.

Zwischen 1954 und 1998 hat sie Kooperationsbeziehungen mit 364 inoffiziellen Organisationen in 115 Ländern aufnehmen können. Zusätzlich haben, unter Mithilfe der „Gesellschaft“, 821 chinesische Städte Partnerschaftsverhältnisse mit anderen Städten in aller Welt begründet (XNA, 19.5.98).

Die Bedeutung der Mai-Konferenz wurde dadurch unterstrichen, daß sich auch Parteichef Jiang Zemin und Ministerpräsident Zhu Rongji sowie der

Stellvertretende Ministerpräsident Qian Qichen als Redner beteiligten und dabei forderten, daß der „inoffiziellen Diplomatie“ künftig ein höherer Stellenwert eingeräumt werde (XNA, 22.5.98).

Auch die Abteilung für Internationale Verbindungen beim ZK der KPCh will in Zukunft ihre Politik, Kontakte zu politischen Parteien in aller Welt aufzunehmen, verstärken, betonte der Vorsitzende des Komitees, Dai Bingguo, in einem Gespräch mit der *Financial Times*, dem ersten seiner Art, das Dai je einer westlichen Zeitung gewährt hat (FT, 27.5.98). Dai betonte, daß sein Komitee bereit sei, auch mit der Demokratischen und der Republikanischen Partei der USA in Parteikontakte einzutreten – damit also jeglichen ideologischen Vorbehalt aufzugeben und so an der Gestaltung einer Außenpolitik mitzuwirken, die fortan „frei von Ideologie“ sei (ebd.).

An dieser Stelle wird deutlich, daß der 7. Kongreß der Freundschaftsgesellschaft nur der mehr oder weniger zufällige Anlaß für einen Parteibeschluß war, der „inoffiziellen Diplomatie“ künftig höheren Stellenwert einzuräumen. Auslöser für diese Neuorientierung waren Beobachtungen, die im Zusammenhang mit dem Clinton-Besuch von Ende Juni 1998 (dazu C.a., 1998/6, Ü 1) angestellt worden waren und die immer deutlicher gemacht hatten, wie widersprüchlich sich die chinesisch-amerikanischen Beziehungen seit Jahren entwickeln: einerseits kann die chinesische Seite nämlich eine rasche atmosphärische Verbesserung im Bereich der offiziellen Diplomatie und der „Gipfelbegegnungen“ feststellen (Clinton und Jiang Zemin kommen bekanntlich gut miteinander aus), doch andererseits gibt es – in einem manchmal geradezu spiegelbildlichen Verhältnis – wachsende Spannungen mit den politischen Parteien, vor allem mit den Republikanern, die sich auf die VR China seit Jahren eingeschossen haben, sei es nun in Fragen der Menschenrechte, in der Tibetfrage, mit Vorwürfen „religiöser Unterdrückung“, mit der Vorhaltung des „Diebstahls geistigen Eigentums“ und noch in zahlreichen anderen heiklen Fragen, die bis in den Bereich der neuesten militärischen Zusammenarbeit und der Kooperation im Zivilnuklearbereich hineinreichen.

Seit Jahren mußte Beijing hier beobachten, wie Taiwan, das auf der Ebe-

ne der offiziellen amerikanischen Außenpolitik soviel Boden verloren hatte, nun gerade umgekehrt bei den politischen Parteien und den gesellschaftlichen Organisationen einen Einfluß erhielt, der den Vertretern Beijings bisweilen fast unheimlich wurde. Es hat Jahre gedauert, ehe Beijing aus diesen Erkenntnissen nun die Konsequenzen zu ziehen beginnt, über den Schatzen der eigenen ideologischen Vorurteile springt und den Stier auch hier bei den Hörnern packt. Hinter den so phrasenhaft klingenden Kooperationsbeschwörungen der „Gesellschaft“ mit dem Bandwurmmamen sowie des „KP-Außenministeriums“ steht diesmal also wesentlich mehr als nur altbackene „Freundschafts“-Rhetorik!

Das „Partei-Außenministerium“ hat mittlerweile seinen ursprünglichen Kurs fast um 180 Grad herumgerissen. Unterhielt es früher ausschließlich Beziehungen mit kommunistischen Parteien oder mit dezidiert „linken“ Gruppierungen, so ging es schon in den 80er Jahren dazu über, auch mit „gemäßigt linken“ Organisationen, vor allem mit mehreren wohletablierten Parteien Westeuropas Beziehungen aufzunehmen, so z.B. mit der Sozialistischen Partei Frankreichs (Mitterrand!), mit der deutschen SPD oder mit der Linken Demokratischen Partei Italiens.

Heutzutage ist das Spektrum der Kooperationspartner weit gefaßt und läßt fast nirgends mehr einen gemeinsamen Nenner erkennen: So unterhält die „Abteilung für internationale Verbindungen beim ZK“ Beziehungen zu rund 300 politischen Parteien und Organisationen aus 130 Ländern und Regionen in fünf Kontinenten. Dazu gehören die „Mongolische SPD“, die „Mongolische Nationaldemokratische Partei“, die japanische „Taiyo („Sonnen“-)Partei“, die kasachische Volkseinheitspartei, die Chart Thai, die Malawi Kongreß-Partei, der Nationaldemokratische Kongreß Ghanas, die Einheits- und Fortschrittspartei Guineas, die Nigerische Allianz für Demokratie und Fortschritt, die Demokratische Partei Rumäniens und, und, und.

Der einzige „gemeinsame Nenner“, den es hier noch gibt, ist der erklärte Wunsch, „Beziehungen“ herzustellen – ein typisch konfuzianischer Aspekt, den man der „Abteilung“ auf der Stelle abnehmen kann! All diese Bemühungen um bessere „Beziehungen“ kul-

minieren mittlerweile in dem Versuch, auch zu den beiden großen amerikanischen Parteien ein einvernehmliches Verhältnis herzustellen – und so das Beziehungsgefüge im chinesisch-amerikanischen Kontext insgesamt auf eine freundlichere Ebene anzuheben. Dies offensichtlich meint Dai Bingguo, wenn er in einem Interview betont, daß „Parteidiplomatie“ ein wichtiger Teilaspekt der Staatsdiplomatie sei und daß es der KPCh bei all ihren außenpolitischen Zielsetzungen darauf ankommen müsse, letztlich die Staatsbeziehungen zu fördern. Auch heikle Fragen wie die Beilegung der Taiwan- und der Tibetproblematik sowie der Menschenrechtskomplex dürften bei der Parteidiplomatie nicht ausgespart werden. Stets gehe es darum, Verständnis zu wecken und „gegenseitiges Vertrauen“ aufzubauen. Dies gelte heutzutage, d.h. nach dem Zusammenbruch der alten bilateralen Welt und zu Beginn eines neuen „multipolaren“ Systems in ganz besonderer Weise. Anstelle der exklusiven Beziehungen, die im Zeichen des kalten Kriegs aufgebaut worden waren, müsse heutzutage inklusiv vorgegangen und ein „neuer Typ“ von zwischenparteilichen Beziehungen etabliert werden (Interview Dais: BRu, 1997/52, S.8-11).

Der übrigen Welt müsse vor allem klargemacht werden, daß ein wohlhabendes und gedeihliches China für die Welt von erheblichem Nutzen sein könne (so der Vorsitzende der Konsultativkonferenz, Li Ruihuan, am 19.5.98 in Rom, XNA, 21.5.98). -we-

2 Stellungnahme des UN-Sicherheitsrats zu den Nuklearbombentests in Südasien

Im Mai hatte Indien – und als Antwort darauf auch Pakistan – kurz hintereinander mehrere Nukleartests durchgeführt. China hatte auf das indische Vorgehen am 14. Mai mit einer ungewöhnlich scharfen Erklärung, auf die pakistanischen Tests dagegen lediglich mit einer Geste des „Bedauerns“ geantwortet (ausführlich dazu C.a., 1998/5, S.524-527).

Ein Nachspiel folgte am 4. Juni, als die fünf traditionellen Atomkräfte, die zugleich auch die fünf Ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats sind, nämlich USA, Rußland, China, Großbritannien und Frankreich, in Genf zu einer Beratung zusammentraten, um eine gemeinsame Strategie zur Ein-

dämmung der nuklearen Aufrüstung in Südasien auszuarbeiten.

In einer Gemeinsamen Erklärung verurteilten sie die Atomtests Indiens und Pakistans und forderten beide Länder zum Verzicht auf weitere Atomversuche sowie zur Unterzeichnung des Atomteststoppabkommens auf. Das Treffen wurde vom chinesischen Außenminister Tang Jiaxuan geleitet.

Unmittelbares Ziel des Treffens war es, die beiden Länder daran zu hindern, von der Testphase zur Weiterentwicklung, vor allem zur Bestückung von Trägersystemen mit nuklearen Sprengköpfen überzugehen.

Die beiden verfeindeten Nachbarn sollten im bilateralen Verhältnis vertrauensbildende Maßnahmen einleiten und Verhandlungen zur Beilegung des Kashmir-Konflikts führen. Die Fünf seien bereit, den beiden Ländern bei einer solchen Annäherung zu helfen.

Die Fünf stellten auch klar, daß sie Indien und Pakistan nicht den Status von Atomkräften zugestehen wollten. Immer wieder wurde betont, wie sehr sich die Fünf in der Beurteilung des Verhaltens von Indien und Pakistan einig gewesen seien, vor allem in der „Nichtanerkennung des Atomkräftestatus“ der beiden (so XNA, 10.6.98).

Die chinesische Seite nahm darüber hinaus zur Kenntnis, daß Pakistan das Kommuniqué der Fünf begrüßt, während Indien sich davon distanziert habe (ebd.).

Alles in allem war das Besprechungsergebnis von Genf ein Dokument der Hilflosigkeit. Was allerdings sollten die Fünf unternehmen? Sollten sie z.B. ein Embargo verhängen? China hätte sich daran übrigens zumindest insoweit nicht beteiligt, als sein alter Verbündeter Pakistan betroffen gewesen wäre! -we-

3 Keine Zustimmung zu Nato-Eingriffen im Kosovo

Anfang August hat sich im Zeichen der Zuspitzung des Konflikts zwischen jugoslawischen „Polizei“-Einheiten und Freischärlern des Kosovo die Lage in der nach Selbständigkeit strebenden Teilrepublik soweit zugespitzt, daß die Nato festumrissene Einsatzpläne ausgearbeitet hat und nun nur noch auf ein grünes Signal wartet.

Dieses Signal aber bleibt von seiten der UNO mit an Sicherheit grenzender

Wahrscheinlichkeit aus, weil sich von den fünf Ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats nicht nur Rußland, sondern auch China querlegen würde.

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß der jugoslawische Präsident Slobodan Milosevic der Volksrepublik erst vor wenigen Monaten, nämlich vom 13. bis 16. November 1997 einen Freundschaftsbesuch abgestattet hat, der mit einer „Gemeinsamen Erklärung über die bilateralen Freundschafts- und Kooperationsbeziehungen“ abgeschlossen wurde, in der Sätze vorkommen wie „die VR China und die Bundesrepublik Jugoslawien sind Freunde. Die beiden Länder und die beiden Völker teilen eine tiefe Freundschaft mit langer Tradition. ...“ Außerdem respektiere China „die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Bundesrepublik Jugoslawien, respektiert den Entwicklungsweg, den die jugoslawische Bevölkerung gewählt hat, spricht lobend von der unabhängigen Außenpolitik der jugoslawischen Regierung, von ihren gewaltigen Bemühungen und Beiträgen im Hinblick auf die Konsolidierung des Friedensprozesses in Bosnien-Herzegowina und davon, daß die jugoslawische Regierung die Krise in der ehemaligen Region Jugoslawien auf friedlichem Weg beilegen konnte. Die chinesische Seite weiß die aktiven Bemühungen der jugoslawischen Seite zu schätzen, die darauf hinauslaufen, die Lage in Südosteuropa zu stabilisieren“ (sic!).

Beide Seiten seien ferner fest entschlossen, sich „gegenseitig beim Kampf gegen organisierte Kriminalität, internationalen Terrorismus“ usw. zu unterstützen (BRu, 1997/48, S.4, 8 f.). -we-

4 WTO: China muß weiter antichambrieren

Hatte China nach dem Besuch von US-Präsident Clinton im Juni 1998 noch gehofft, daß seinem Antrag auf WTO-Beitritt nun rasch stattgegeben werde, so hat es sich offensichtlich erneut getäuscht.

Seit 1987 läuft ein Aufnahmeantrag der Volksrepublik, der seinerzeit noch bei der GATT (General Agreement on Tariffs and Trade)-Organisation eingereicht worden war. Damals, 1987, hatte der XIII. Parteitag bekanntlich eine neue „Sozialismus“-Definition ausgearbeitet und das Thema der „sozia-

listischen Marktwirtschaft“ ganz nach oben auf die Tagesordnung gerückt.

In China herrschte Ende der 80er Jahre eine gewaltige marktwirtschaftliche Euphorie, die von einer kräftigen wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung begleitet war. Hätte es die Tiananmen-Affäre von 1989 nicht gegeben, wäre das Land möglicherweise schon bald ins GATT aufgenommen worden. Statt dessen aber steht das Land immer noch vor der Tür, und dies auch nach der Neuorganisation der Institution, die seit 1.1.95 bekanntlich WTO (World Trade Organization, Welthandelsorganisation) heißt und deren Ziel darin besteht, eine Öffnung der Weltmärkte auf der Basis eines für alle gleichermaßen gültigen Rechtssystems herbeizuführen, also eine einheitliche „Straßenverkehrsordnung“ für den liberalen Weltmarkt zu schaffen.

1998 feiert GATT/WTO sein 50. Gründungsjubiläum. Aus diesem Anlaß fand Mitte Mai im Genfer Völkerbundpalast ein Jubiläumskongreß statt, an dem alle WTO-Mitgliedsstaaten beteiligt waren, deren Zahl auf mittlerweile 132 angestiegen ist. Vor der Tür der WTO stehen allerdings immer noch fast drei Dutzend Länder, darunter vor allem China, Taiwan und Rußland, welche letztere längst Beitrittsverhandlungen führen.

Zwei Hindernisse stehen dem WTO-Beitritt Chinas vor allem entgegen, nämlich erstens die Taiwanfrage (als Nr.11 der Außenhandelsstaaten will Taiwan sich nicht unbedingt von der Nr.10, nämlich der VRCh, verdrängen lassen, sondern gleichzeitig mit ihr oder vielleicht sogar zeitlich vorgezogen beitreten).

Zweitens aber sind es vor allem die amerikanischen Bedenken gegen mangelnde Liberalität im chinesischen Außenwirtschaftsverhalten, die nach wie vor als Haupthindernis wirken. Man zweifelt in Washington daran, ob die VR China tatsächlich genügend marktwirtschaftlich agiert, um für echte Globalisierung tauglich zu sein: Vor allem sind es der Versicherungs-, der Verteilungs- und der Buchführungssektor, nicht zuletzt aber auch der Schutz des geistigen Eigentums, der aus der Sicht vieler Amerikaner in China nach wie vor zu kurz kommt.

Angemahnt wird ferner die Umstrukturierung der hochverschuldeten Staatsbetriebe, eine möglichst rasche

Konvertibilität des Yuan sowie eine noch kräftigere Zollsenkung, gar nicht zu reden von der Beseitigung zahlreicher nichttarifärer Schranken.

Vor allem fürchten die USA, daß die Produktpiraterie in China munter weitergeht. Zwar hat die Volksrepublik längst umfangreiche Gesetze zum Schutz des Urheberrechts erlassen und 1994 erstmals rund 21.000 Täter der Fälschung überführt. Doch mußten die Amerikaner, allen voran der Handelsbeauftragte Mickey Kantor, immer wieder darauf hinweisen, daß es vor allem in Südchina zahlreiche Fabriken gibt, die ein schwungvolles Fälschergewerbe betreiben. Im Januar 1995 beispielsweise lagen die Fälschungen nach Expertenschätzungen in Höhe von 70 Mio. CDs und Laserdisks; daneben soll eine Unmenge von CD-Software kopiert worden sein. Es fehle der chinesischen Regierung nicht an der Fähigkeit, diesem Gewerbe das Handwerk zu legen, sondern am Willen dazu, meinte Kantor – und vertrat damit eine Ansicht, die offensichtlich bis auf den heutigen Tag fortbesteht. Eine Zeitlang planten die Amerikaner sogar, chinesische Waren im Wert von rund 2,8 Mrd. US\$ mit Strafzöllen von bis zu 100% zu belegen.

Auch an der chinesischen Landwirtschaftspolitik wird von amerikanischer Seite herumgemäkelt, vor allem was die Höhe von Subventionen für Exportgüter anbelangt.

China ist an einer WTO-Mitgliedschaft nach wie vor vor allem deshalb interessiert, weil ihm dadurch automatisch die Meistbegünstigungsklausel eingeräumt würde, die es – im Handel mit den USA – ansonsten jedes Jahr neu bestätigt erhalten muß. Zwar ist diese Neubestätigung bisher noch alle Jahre erfolgt – auch 1998 wieder –, doch will man sich chinesischerseits mit einer solchen Ad-hoc-Regelung in Permanenz nicht mehr zufriedengeben.

China fühlt sich immer wieder ungleich behandelt – und mit Hinhalte-taktiken konfrontiert. Schon 1994 hatte beispielsweise der damalige GATT-Generaldirektor Sutherland den Beitritt in Aussicht gestellt und darauf hingewiesen, daß das gerade angenommene neue Außenhandelsgesetz bei den weiteren Verhandlungen eine positive Rolle spielen werde: Das Gesetz habe eine Verrechtlichung des Außenhandelsystems mit sich gebracht.

Auch die Taiwanfrage sei, wie man chinesischerseits bemerkt, entschärft, da Taiwan nicht als eigener Staat, sondern als separates Zollterritorium unter dem Namen „China-Taipei“ aufgenommen werden solle – und dagegen offensichtlich von keiner Seite Einwendungen bestünden (dazu bereits XNA, 10.5.95).

Die USA haben jedoch auch jetzt noch nicht über ihren Schatten springen können, sondern bringen Einwände, die freilich geschickterweise nicht nur gegen China, sondern auch gegen die EU und Japan gerichtet sind: Die EU behindere beispielsweise die Einfuhr von US-Produkten vor allem bei Lebens- und Arzneimitteln, hieß es in einem Bericht des neuen US-Handelsbeauftragten Barshefsky von Anfang April 1998. Japan erschwere den Handel u.a. mit Preisabsprachen. China schließlich benutze Zölle und Lizenzverfahren, um die heimische Industrie zu schützen.

Seit der Besuch Clintons im Juni 1998 in den USA eine neue positive Stimmung gegenüber China hat aufgenommen lassen, scheint es jedoch sicher, daß die bisherigen Hindernisse mehr oder weniger rasch verschwinden. Nach wie vor bezeugt Beijing reges Interesse am WTO-Beitritt – und wird hierin übrigens sowohl von Japan als auch von der EU unterstützt. Beijing stört sich auch daran nicht, daß neuerdings an den marktwirtschaftlichen Prinzipien überall heftige Kritik aufkommt, die vor allem von Linksbewegungen, von Umweltaktivisten und von der Agrarlobby stammen und die bei der Genfer Jubiläumstagung am Rande des Geschehens von zahlreichen Demonstranten lautstark zu Gehör gebracht worden ist. -we-

Innenpolitik

5 Clinton preist Jiang Zemin als Politiker mit Führungsqualitäten

Während einer Pressekonferenz zum Abschluß seiner Chinareise in Hongkong hat der amerikanische Präsident Clinton den chinesischen Staats- und Parteichef Jiang Zemin als Politiker mit großen Führungsqualitäten gepriesen.